

Antrag

der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.

Zur Lage in Zaire – die humanitäre Katastrophe muß verhindert werden

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Lage von über einer Million Flüchtlingen in Ost-Zaire wird von Stunde zu Stunde verzweifelter. Von jeglicher Versorgung und humanitärer Hilfe abgeschnitten, ist das Leben Hunderttausender von Menschen bedroht.

Die dramatischen Appelle der VN-Flüchtlingskommissarin Ogata und der internationalen Hilfsorganisationen können nur eine Konsequenz haben: sofortiges Handeln der internationalen Gemeinschaft, um das Leben der Flüchtlinge zu retten.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich gegenüber allen Beteiligten für eine unverzügliche und dauerhafte Waffenruhe in der Region einzusetzen;
2. in der internationalen Gemeinschaft darauf zu drängen, daß kurzfristige Maßnahmen zur Rettung der in Ost-Zaire befindlichen Flüchtlinge ergriffen werden:
 - sich innerhalb der VN für die sofortige Einrichtung einer internationalen Luftbrücke mit Hilfsgütern einzusetzen,
 - sich insbesondere für die Einrichtung von gesicherten Schutzkorridoren einzusetzen, die den Hilfsorganisationen den Zugang und die Versorgung der Flüchtlinge ermöglicht. Die Sicherung dieser Korridore sollte durch die Organisation für afrikanische Einheit (OAU) erfolgen, die dabei von der internationalen Gemeinschaft massiv unterstützt werden muß,
 - im VN-Sicherheitsrat eine entsprechende Beschlußfassung zu beantragen;
3. sich innerhalb der Europäischen Union für ein einheitliches friedensförderndes und humanitäres Handeln gegenüber der Krisenregion einzusetzen;
4. sich für die Durchführung einer internationalen Friedenskonferenz für die Region der Großen Seen mit allen Beteiligten einzusetzen und hierfür ihre guten Dienste anzubieten, wie z. B. logistische, personelle und finanzielle Hilfeleistung. Bei dieser

internationalen Friedenskonferenz müssen Lösungen insbesondere für eine sichere Rückführung der Flüchtlinge gefunden werden;

5. alle Bemühungen der politischen Kräfte in Zaire zu unterstützen, die langfristig auf eine friedliche und demokratische Neuordnung ihres Landes ausgerichtet sind;
6. sich nach Kräften dafür einzusetzen, daß die Wahrung der Menschenrechte sowie die Gleichberechtigung und der Schutz ethnischer Minderheiten als Grundprinzipien bei der Regelung aller Konflikte in der Region der Großen Seen von allen beteiligten Parteien anerkannt werden.

Bonn, den 6. November 1996

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Rudolf Scharping und Fraktion

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion